

Antikapitalistische Sehnsucht

Im Zusammenhang mit der Vorstellung der von Marcel Bois vorgelegten Untersuchung zur Geschichte der GEW* trafen unterschiedliche Sichtweisen aufeinander

Manchem mag die Auseinandersetzung um die GEW-Geschichte wie der Streit zwischen weißen alten Männern vorkommen, die aus Eitelkeit von ihrer jeweiligen Position nicht abrücken wollen. Das halte ich für zu kurz gegriffen. Trotz der vielen Expertisen und der vielen Worte, die um sie herum gefallen sind, fehlt aus meiner Sicht nach wie vor die Antwort auf die Frage: Wie konnte es sein, dass in einer Organisation wie der Gesellschaft der Freunde (GdF), deren Mitglieder politisch als liberal bis links verortet wurden, quasi einstimmig der Übergang in den Nationalsozialistischen Lehrerbund (NSLB) entschieden wurde? Von den Anwesenden auf der Versammlung am 27.4.1933, zu der alle Mitglieder eingeladen waren – die Zahlen schwanken zwischen mehreren Hundert und 3000 (es gibt leider keine genaue Zahl) –, hatten drei (!) Mitglieder (eine andere Quelle spricht von sieben) gegen die Aufnahme der GdF in den NSLB votiert oder etwas genauer: Sie waren die Einzigen, die dem Antrag des Kollegen Rudolf Klug auf Aussprache zu diesem Punkt zugestimmt hatten.

Natürlich ist es keine Abwesenheit von Zwang, wenn an den Ausgängen bereits SA-Leute standen.** Man weiß aber auch, dass die wenigen Mitglieder, die

dagegen gestimmt haben, zwar anschließend von der Gestapo verhört wurden – dies hatte aber keine Konsequenzen für die Betroffenen. Aber man sollte

ger ihrer Ämter beraubt wurden. Und schließlich war bereits am 7. April ‚Das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamten-tum‘ verabschiedet worden, nach dem Beamte jüdischer Abstammung aus dem Staatsdienst zu entlassen waren. Ob und inwieweit Ängste bei der Abstimmung eine Rolle gespielt haben, ist also in der Rückschau nur gefühlsmäßig zu beantworten und bleibt somit in Teilen Spekulation.

Deshalb muss es zulässig sein, mögliche Gründe dafür zu nennen, warum es – ganz unabhängig von den genannten Rahmenbedingungen – zu dieser eigentlich total zu nennenden Zustimmung kam. Und da bleibt mir, der sowohl dokumentarisch, literarisch als auch familiengeschichtlich mit dieser Phase unserer Geschichte in Berührung gekommen ist, nur die These, dass die Erklärung für dieses Abstimmungsverhalten darin zu sehen ist, dass die Anwesenden bereits von jenem natu-

ralen Rausch ergriffen waren wie bekanntlich große Teile der Gesamtbevölkerung. (siehe Kasten S. 63)



Dem zu widerstehen, setzt einen klaren politischen Kompass voraus (Wahlplakat 1932)

auch nicht verschweigen, dass missliebige Kolleg_innen schon wenig später vom Schuldienst suspendiert und Funktionsträ-

*Gemeint ist die Auseinandersetzung auf einer Veranstaltung, die am 24. September d. J. im Curio-Haus stattfand. (s. hierzu hlz 11/2020, S. 58ff). Es ging um die Studie Volksschullehrer zwischen Anpassung und Opposition, Die „Gleichschaltung“ der Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens in Hamburg (1933–1937); Weinheim 2020,

**Dies wird immer wieder behauptet, es gibt allerdings bislang keinen Hinweis oder Beleg dafür, was natürlich nicht ausschließt, dass es so hätte sein können.

„Nicht endender Beifall“

Das zeigt auch der „nicht endende Beifall“ (hlz-Berichtserstattung von 1933), den man der Rede des GdF-Vorsitzenden Küchler am Ende der besagten Versammlung am 27.4. zollte (s. Kasten; S. 64). Nachdem die Abstimmung bereits wie oben beschrieben so eindeutig ausgefallen war, fabulierte der Vorsitzende etwas von einer „glückhaften Synthese“ zwischen „Nichtnationalsozialisten und Nationalsozialisten als Pole mit gegenseitigem Funkenaustausch“. Es gab hierzu weder

eine Gegenrede noch Protest. M.a.W.: die NS-Ideologie, so darf man wohl schlussfolgern, hatte bereits bei den Allermeisten verfangen. Milde gestimmt könnte man sagen: sie hofften, dass alles so schlimm nicht kommen würde, schärfer gefasst: sie waren berauscht von der Vorstellung einer nationalen Revolution. Und wenn man es so sieht, dann ist die Forderung des bis vor zwei Jahren im Amt befindlichen Leiters der Forschungsstelle für NS-Pädagogik an der Goethe-Universität in Frankfurt/M., Benjamin Ortmeier, nachvoll-

ziehbar, aus der „zwangsweisen“ Eingliederung der GdF durch den NSLB, eine ‚freiwillige‘ zu machen (s. Text am Curio-Haus).

Verwerflich oder nachvollziehbar?

Ein überzeugtes und damit freiwillig abgegebenes ‚Ja‘ zur Eingliederung der GdF in den NSLB, das ich also für durchaus möglich halte, wäre aus meiner Sicht allerdings nicht so verwerflich, wie es scheint. Zwar trugen die Nazis den Antisemitismus, der in der Barbarei mündete, bereits vor 1933 vor

Wie war es möglich?

Über die Schmach, die die Niederlage des ersten Weltkriegs in die Köpfe und Herzen vieler Deutscher gebracht hatte und darüber, dass diese das politische Klima während der Weimarer Republik beherrschte, ist schon viel geschrieben worden. Man tat sich über alle Parteigrenzen hinweg schwer, sich als besiegte Nation zu sehen. Und wo die Begriffe Nation und Volk das kollektive Bewusstsein prägen, sind die Attribute nationalistisch und völkisch nicht fern.

Es war zum Zeitpunkt der beschriebenen Versammlung im Curio-Haus keine hundert Jahre her, dass 1848 viele fortschrittsgläubige Menschen auf den Barrikaden standen, um für eine deutsche Nation zu kämpfen. Viele Revolutionäre haben damals ihr Leben für die Idee geopfert oder sind nach Niederschlagung der Bewegung ins Exil gegangen. Ein Richard Wagner – der sich in die Schweiz abgesetzt hatte – war dafür immerhin in Abwesenheit zum Tode verurteilt worden! „Für das Deutsche Vaterland“, so hieß es. Diese Parole war programmatisch eindeutig gegen die Herrschaft der regionalen Fürsten und Könige, die das feudale Herrschaftssystem aufrechterhalten wollten, gerichtet. Was heute nahezu bizarr klingt, war eindeutig fortschrittlich konnotiert. Und vor diesem Hintergrund verschwammen die Grenzen zum National-chauvinistischen schnell.

Hinzu kam eine politisch-kulturelle Unterströmung, die vor und nach dem ersten Weltkrieg vor allem viele junge Leute erfasst hatte. Die Widersprüche, die die Industrialisierung mit sich gebracht hatte und die ganz neue Lebensformen schuf (Stadt/Land), mussten zur Verunsicherung führen. Als Reaktion hierauf organisierte man sich in Verbänden, die ein Zurück zur Natur propagier-

ten. Der Geist in dieser so genannten Wandervogelbewegung von Naturfreunden, namentlich die *Bündische Jugend*, war mehr oder weniger stark von einem völkischen Denken geprägt, das zum beschriebenen Zeitpunkt noch nicht von den Nationalsozialisten vereinnahmt worden war.

Was genau den Zeitgeist im links-liberalen bis linken Milieu auf besagter Hauptversammlung der GdF am 27.4.33 ausgemacht hat, wissen wir nicht. Die Nähe zum Völkischen kann man etwa nachlesen, wenn man Aussagen der Ikone der Liberalen, Friedrich Naumann, daraufhin untersucht. Aber auch das linke Milieu war hiervon nicht frei, wenn man sich etwa mit Positionen der nationalbol-schewistischen Bewegung eines Ernst Niekisch auseinandersetzt. Diese waren dann wiederum durchaus kompatibel mit den Auffassungen der im Strasser-Flügel der NSDAP vertretenen Meinungen.

Wir wissen also nicht, was die Mitglieder gedacht haben und was damit ihr Abstimmungsverhalten erklärbar macht. Es allein mit Angst und Einschüchterung vor den neuen Machthabern oder um Schlimmeres verhindern oder es mit reinem Opportunismus begründen zu wollen, genügt sicherlich nicht. Erinnerung sei daran, dass bereits einen Monat zuvor, am 24.3., die fünf Parteigenossen Traegers, die für seine Partei im Reichstag saßen, unter ihnen Theodor Heuss, für das Ermächtigungsgesetz gestimmt hatten. Ohne diese Stimmen der Abgeordneten der DStP hätte es nicht die notwendige 2/3 Mehrheit für Hitlers uneingeschränkte Macht gegeben. In der Begründung der Fraktion hieß es: „Wir fühlen uns in den großen nationalen Zielen durchaus mit der Auffassung verbunden, wie sie heute vom Herrn Reichskanzler (Adolf Hitler; JG) hier vorgetragen wurde.“ JG

Weitblick in schwieriger Situation?

Zum Abschluss (der Hauptversammlung am 27.4.1933; JG) trat noch einmal der Vorsitzende Küchler vor die Mitglieder. „*Ich stelle fest*“, lobte er, „*mit der Einmütigkeit, die ich erwartet und prophezeit habe, weil ich die ‚Gesellschaft‘ kenne, haben wir unsere Beschlüsse gefasst. Zu dieser solidarischen Haltung, zu diesem Weitblick in schwieriger Situation kann sich die ‚Gesellschaft‘ beglückwünschen.*“ Auch er betonte, dass der nun gewählte Vorstand die Gewähr liefere, „*das bewährte Alte mit dem Neuen zu vermählen.*“ „*Wenn*“, fuhr er fort, „*im Nationalsozialistischen Lehrerbund Nichtnationalsozialisten und Nationalsozialisten als Pole mit gegenseitigem Funkenaustausch sich gegenüberstehen, nicht wie zwei Heerlager, sondern bewußt, zwei lebendige Kraftzentren zu sein, um sich wechselseitig zu befruchten, dann liegt darin ein ungemein förderndes Moment beschlossen, das zu glückhafter Synthese führen kann, zu geschlossenem deutschem Volkstum.*“ Zugleich mahnte er an – und erntete Applaus dafür –, dass die Gleichschaltung „*auf dem Boden gleichen Rechts für alle*“ stattzufinden habe. Schließlich ging er noch auf die zukünftige Entwicklung der Schulpolitik ein. Zwar sei er sich dessen bewusst, dass „*die Reichsgesetze in Zukunft eine weitgehende Normung im Schulwesen herbeiführen*“ würden. „Wir hoffen aber, daß ein erheblicher Spielraum den Ländern verbleibt“. Es gelte, „*diesen Spielraum durch positiv eingestellte Arbeit gestalten zu helfen, damit die hamburgische Schule ihr besonderes Gepräge, ihre Vorzüge nicht verliere, sondern neue dazu gewinne*“. Die Anwesenden spendeten „*nicht enden wollende[n] Beifall*“ für so viel Optimismus.

Marcel Bois, Neuwahlen in der „Gesellschaft“, S.95, zitiert die HLZ, 12. Jg., Nr. 17, 29. April 1933, S. 241

sich her, aber es gab eben noch keine Judenverfolgung, die vom Charakter her der späteren Verfolgung glich. Trotz Hitlers Auslassungen in ‚Mein Kampf‘ zur „Endlösung“ war man von der Reichspogromnacht noch fünf Jahre entfernt. Es gab auch noch keinen Anschluss Österreichs, keinen Einmarsch ins Sudetenland, keine Besetzung der Tschechoslowakei und weder einen Überfall auf Polen noch auf die Sowjetunion.

Von daher hat es auch immer etwas Selbstgerechtes, wenn man sich im Nachhinein echauffert: „Wie konnten die nur!“ Und zu einem aufrichtigen Umgang mit der Vergangenheit gehört für mich auch immer die Frage: Wie hätte ich gehandelt? Aber genauso, wie ich es für notwendig halte, diesen Rückbezug auf mich selbst zuzulassen, so

muss es möglich sein, die dunkle Seite derjenigen zu erforschen, die aus der Rückschau heraus mit dazu beigetragen haben, dass

Wie will man den Widerspruch auflösen, dass einerseits allorten der Terror der Nazis präsent war, sich dann aber trotzdem die Mehrheit der Fraktionsmitglieder der DStP – unter ihnen eben Max Traeger – für eine Koalition (!) mit den Nazis entschied?

es zur größten Katastrophe in der Menschheitsgeschichte kommen konnte.

Dazu gehört, dass zu diesem Zeitpunkt die sich national-revo-

lutionär nennende faschistische Bewegung für all jene attraktiv erscheinen musste, die nicht in einen Familienzusammenhang hineingeboren worden waren, aus dem heraus sich ein Widerstandsgeist ableiten ließe. Einen solchen Widerstandsgeist konnten, wie wir heute wissen, nur Wenige, aus bildungsbürgerlichen Kreisen Stammende entwickeln, die, oft unterfüttert durch ein religiöses Grundverständnis, in der Lage waren, den Kern der barbarischen nazistischen Ideologie zu erkennen. Die andere Gruppe entstammte nicht selten proletarischen Verhältnissen, die über ein politisches Engagement den wahren Charakter des Faschismus zu erkennen vermochten. Denn es war nicht immer einfach, gerade in Hinblick auf sozialpolitische Forderungen zwischen links und rechts zu unterscheiden. Zu erinnern ist an den Strasser-Flügel der NSDAP – auch wenn der zu diesem Zeitpunkt bereits bedeutungslos war –, dessen Protagonisten durchaus links verortete Positionen vertraten. Genannt sei in diesem Zusammenhang die Forderung der Nazis, man müsse ein Einheitsschulsystem schaffen! Parolen wie „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“, „Kraft durch Freude“... die Liste ließe sich fortsetzen. Wer keinen ganz klaren Kompass im Kopf hatte, musste vor dem Hintergrund materieller Not oder grundsätzlicher Kritik an der bürgerlichen Gesellschaft hierauf ansprechen.

Mehr als breite Zustimmung

Wir wissen heute, dass die Begeisterung für die Nazis durch alle Schichten ging. Aber man kann trotzdem differenzieren: Am anfälligsten für die Nazi-Ideologie waren die Kleinbürger_innen. Zu dieser Gruppe zählten in ihrer Mehrheit die Lehrer_innen. Aber auch große Teile der deutsch-national gestimmten Eliten verfielen der NS-Ideologie. Der Anteil der

NSDAP-Mitglieder im Philologen-Verband – insbesondere, was deren Vorsitzende betraf – war extrem hoch. Selbst republikanische Politiker, die kurze Zeit nach der Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz (23. März 1933) ihre Stellung verloren, hatten zu diesem Zeitpunkt längst ihr Vertrauen in ein demokratisch verfasstes System verloren und setzten auf eine autokratische Führung. Beispielhaft sei hier der Parteigänger Max Traegers, Walter Matthaei, erwähnt (s. Kasten), der wie Traeger der Deutschen Staatspartei (DStP) vormals DDP) angehörte und als langjähriger Finanzsenator Hamburgs zu den etablierten Politikern der Stadt gehörte.

Matthaei hatte sich noch am 8. März 1933 in einer von der NSDAP geführten Koalitionsregierung des Hamburger Senats, die von seiner Fraktion, der auch Max Traeger angehörte, mitgetragen wurde, zum Finanzsenator küren lassen. Dies, obwohl der Terror der Nazis schon sehr manifest war, dies, obwohl wenige Tage zuvor die sozialde-

Soziale Revolution erlebt

Ein Parteigänger Max Traegers in der von den Nazis geführten Regierung in Hamburg erinnert sich:

„Wir haben neben der politischen und wirtschaftlichen eine soziale Revolution großen Ausmaßes erlebt, durch die die soziale Zerrissenheit weitgehend aufgehoben worden ist. Damit ist das, was wir Sozialreformer erstrebt haben und wofür namentlich Friedrich Naumann gekämpft hat, erreicht, wenn auch auf einem anderen Wege, als wir gedacht haben. In den nationalsozialistischen Gedanken liegt überhaupt Vieles, was Naumann mit seiner nationalsozialistischen Bewegung erstrebt hat. Aber ihm fehlte die Robustheit und Rücksichtslosigkeit des fanatischen Revolutionärs. Daher blieb ihm der äußere Erfolg versagt. Das ändert aber nichts daran, daß er und seine Bewegung zur Vorbereitung der Geister viel getan haben. Eine Ordnung in das soziale Chaos zu bringen, war wohl nur durch einen autoritären Staat und nur im Wege einer Revolution möglich. Auf parlamentarischem Wege war das in einer so bewegten Zeit ausgeschlossen.“

Walter Matthaei – von 1922 bis Mai 1933 Senator (DDP/DStP), zuletzt Finanzsenator in einer von der NSDAP geführten Koalition – aus: Unveröffentlichte Erinnerungen 1940; zitiert nach Chr. Brauers „Die FDP in Hamburg 1945-1953“ S. 96

mokratischen Senatsmitglieder der alten Regierung zurückgetreten waren, weil die NSDAP die parteinahe Zeitung „Hamburger Echo“ verboten hatte.

Vorausgegangen waren massive innerparteiliche Konflikte.

Die Gallionsfigur der DStP, der langjährige Bürgermeister Carl Petersen (1924-1933 mit kurzer Unterbrechung), zusammen mit dem Landesvorsitzenden der Partei Friedrich Ablass lehnten jede Zusammenarbeit mit den



Foto: unbekannt; (ANg. 2008-1563)

Einzug der neu gewählten Hamburger Senatoren in das Rathaus, März 1933 – des Senats, der von der Traeger-Fraktion gewählt und mitgetragen wurde. Unter den Senatoren Walter Matthaei aus Max Traegers Fraktion

Nazis ab! Wie will man den Widerspruch auflösen, dass einerseits allerorten der Terror der Nazis präsent war, sich dann aber trotzdem die Mehrheit der Fraktionsmitglieder der DStP – unter ihnen eben Max Traeger – für eine Koalition (!) mit den Nazis entschied? Zu diesem Zeitpunkt also noch zu vermuten, Traeger sei es einzig und allein darum gegangen, Schlimmeres zu verhüten, reicht m.E. als Erklärung nicht aus.

Dies- und jenseits der Arithmetik

Die neu gewählte Koalitionsregierung verfügte in der 7. Bürgerschaft (gewählt worden war am 24. April 1932; erst knapp ein Jahr später – am 8. März 1933 – konnte dann aber eine neue Regierung gebildet werden, s.o.) über eine hauchdünne Mehrheit von einer (!) Stimme,

genauer: über 81 Abgeordnete von 160 Mandaten. Davon entfielen auf die NSDAP 51, die Staatspartei 18, die DVP 5 und die DNVP 7 Mandate. Die Nazis brauchten also noch die Stimmen der Staatspartei, um den Schein des Legalen zu wahren. Max Traegers Fraktion war somit wahrlich das berühmte „Zünglein an der Waage“, wobei zur ganzen Wahrheit gehört, dass zum Zeitpunkt der Wahl des Senats am 8. März diese knappe Mehrheit defacto keine Rolle mehr spielte – nur die Zahl der anwesenden Abgeordneten zählen zur Festlegung der Mehrheit –, da die sozialdemokratischen Mandatsträger_innen aus Protest der Sitzung ferngeblieben waren und die kommunistischen bereits verfolgt wurden. In anderen Zusammenhängen benutzt man in Bezug auf derlei Bündnisse einer Partei bzw. ihrer Entschei-

dungsträger, zu denen in diesem Fall unzweideutig Max Traeger gehörte, die Metapher des Steigbügelhalters.

Entlastend für Traeger wird angeführt, dass die NS-Senatoren mit fünf Stimmen weniger als die übrigen gewählt wurden. Unabhängig davon, dass es sich hier um reine Spekulation handelt, da die Wahl geheim war, schwächt darüber hinaus der weitere Verlauf der Ereignisse diese Vermutung. Denn schon wenige Tage später, nachdem aufgrund des Ermächtigungsgesetzes das ‚Gleichschaltungsgebot‘ zum Tragen kam, das festlegte, dass in den Ländern des Reiches die gleichen Mehrheitsverhältnisse zu gelten hatten, wie sie bei der Reichstagswahl am 5. März 1933 zustande gekommen waren und Traegers Fraktion von 18 auf vier Mandate schrumpfte, behielt dieser sein Mandat!

Die offene Flanke

Die bürgerliche Gesellschaft stieß von Beginn ihrer Existenz an ihre Grenzen mit dem Versprechen von Freiheit *und* Gleichheit, da die Freiheit des Einzelnen durch den Zwangscharakter des Systems, indem der wirtschaftlich Schwache sich dem wirtschaftlich Starken unterzuordnen hat, notwendig auf der Strecke bleiben muss. Solange das Privateigentum an Produktionsmitteln – mag es noch so sehr Motor der wirtschaftlichen Entwicklung sein – garantiert ist, lässt sich dieser Widerspruch nicht aufheben. In wirtschaftlich prosperierenden Zeiten, in denen die wirtschaftlich Schwachen durch Wohlstandszuwächse dieses System in aller Regel tolerieren, scheint das demokratisch-parlamentarische System das geeignete Instrument zu sein, um die bestehende Ordnung zu garantieren.

Anders in Zeiten, in denen die wirtschaftliche Krise Opfer verlangt. Um das Sinken der Profitabilität des Kapitals aufzuhalten, kommt es zum Rückgang der Löhne, für den der soziale Friede geopfert werden muss. Das ist die Stunde der Ideologen, die auf das dritte Versprechen der bürgerlichen Revolution setzen: die Brüderlichkeit. Bei der wird nicht mehr unterschieden, ob du Ausbeuter oder Ausgebeuteter bist, sondern es wird an das appelliert, was genuin im Menschen als soziales Wesen vorhanden ist: die Sehnsucht

nach Gemeinschaft, die verspricht, alle Widersprüche aufzuheben. Und die Gemeinschaft ist dann eben nicht mehr die der Lohnabhängigen, sondern die des Volkes. Über alle objektiven Unterschiede hinweg gibt es dann eben nur noch Volksgenoss_innen in einer Volksgemeinschaft.

Die Vorstellung, Teil eines Ganzen zu sein, ist verführerisch. Dem zu widerstehen kann nur gelingen, wenn ein politischer Kompass anzeigt, dass die proklamierte Gleichheit aller eine Schimäre ist. Ein Trugbild, das den Privilegierten dazu verhilft, auch in der Krise ihre bevorrechtigte Position aufrechtzuerhalten. Wer diese Struktur nicht erkennt, ist den Ideologen der Rechten mit ihren biologistischen Begründungen für gesellschaftliche Unterschiede und der sich hieraus ergebenden Notwendigkeit, sich einer starken autoritären Führerschaft zu unterwerfen, schutzlos ausgeliefert.

Es ist diese offene Flanke demokratisch verfasster bürgerlicher Gesellschaften, die sie anfällig macht – gestern wie heute (!) – für faschistische Herrschaftsformen. Den Prozess dorthin beschreibt der Vorsitzende der Gesellschaft der Freunde, Küchler, ganz treffend mit den Worten, dass dies – heute würden wir sagen: dem Zeitgeist entsprechend – „zu glückhafter Synthese führen kann, zu geschlossenem deutschem Volkstum.“ JG



Aus: Hamburger Fremdenblatt, 2.5.1933

Großkundgebung zum Tag der nationalen Arbeit am 1. Mai 1933 im Hamburger Stadtpark – Es wäre vermessen anzunehmen, dass sich die Lehrer_innenschaft diesem kollektiven Rausch in ihrer Gesamtheit entzogen hätte

Wieso fiel die Wahl auf ihn und welche Auseinandersetzungen waren dem vorausgegangen? Trotz zunehmenden Terrors der Nazis und nahezu vollständiger Entmachtung der Bürgerschaft war Traeger bis zu ihrer formalen Auflösung am 31. Oktober 1933 ihr Mitglied und arbeitete in zwei Ausschüssen mit!

Wie blauäugig solch eine Position war, mögen manche schon nach kurzer Zeit begriffen haben. Für die Mehrzahl eben auch der Hamburger Lehrer_innen ist anzunehmen, dass sie von der Propaganda ergriffen, aber eben auch von solchen Auslassungen wie denen von Matthaei beeinflusst waren. Schließlich gab es quasi keine Austritte mehr aus dem NSLB (nachvollziehbar, weil dies mglw. die Suspendierung aus dem Dienst bedeutet hätte), aber immerhin waren später (1937) 37 Prozent der Lehrer_innen Mitglied in der NSDAP. Der höchste Organisationsgrad einer Berufsgruppen im Dritten Reich! Das Dringen auf Mitgliedschaft seitens der Lehrer_innen war sogar so stark, dass die NSDAP zeitweilig einen

Aufnahmestopp verordnete, um die Partei vor der Dominanz der intellektuellen Kleinbürger_innen zu schützen!

Wenn man also einerseits meint, das Abstimmungsverhalten der am 27.4.1933 im Curiohaus Versammelten mit der aufkommenden und antizipierten Repression erklären oder legitimieren zu können, dann sollte nicht vergessen werden, dass es unter den Mitgliedern, gespeist durch jahrelange anti-demokratische Stimmungsmache, jene Aufbruchsstimmung gab, die die Anwesenden auf eine bessere Zukunft hoffen ließ.

Sie alle waren im Vollbesitz ihrer geistigen Kräfte; beeinflusst, aber nicht willenlos gemacht. Wenn man nicht einem anthropologischen Determinismus das Wort reden will, dann ist es der ‚freie Wille‘, der mit der Bürde der Verantwortung für das eigene Handeln einhergeht, was auch in diesem Fall gelten muss. Es liegt in der Verantwortung von uns Nachgeborenen, aufrichtig mit der Geschichte umzugehen; nicht als Selbstzweck, sondern um dem Anspruch individueller

Aufrichtigkeit und gesellschaftlicher Verantwortung gerecht zu werden.

Ich denke also: Es ist nicht falsch zu sagen, dass bei Vielen eine Art antikapitalistische Grundstimmung, wenn nicht gar Sehnsucht zu spüren war, aus der die Hoffnung erwuchs, dass der Nationalsozialismus für eine gerechtere Gesellschaft sorgen würde.

An dieser Stelle erlaube ich mir einen Bezug zur Gegenwart herzustellen, denn ich meine, diese Stimmung auch in unseren Tagen ausmachen zu können (s. Kasten ‚Die Offene Flanke‘). Sei es hierzulande durch das Auftreten der AfD auf der politischen Bühne, seien es in Frankreich die nationalistischen Töne einer Marine Le Pen oder die eines Salvini in Italien, seien es die osteuropäischen Nationalismen; von den weltweiten Entwicklungen der durch Trump ausgelösten Auseinandersetzung in den USA und dem Putin-Russland mal ganz abgesehen.

JOACHIM GEFFERS